

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU

Ökostrom für Bremen

Mit dem Beitritt zum Klimabündnis der Städte sowie der Unterzeichnung der Charta von Valencia und Aalborg hat sich Bremen zum Klimaschutz und der Umsetzung einer lokalen Agenda 21 verpflichtet. Eine besondere Rolle kommt in diesem Zusammenhang dem Handeln der Kommune selbst zu. Sie sollte Vorbild sein und eine Vorreiterfunktion übernehmen.

Seit der Liberalisierung des Energiemarkts ist es grundsätzlich möglich, den Stromlieferanten frei zu wählen. Bremen sollte dies als Chance für vorbildliches Handeln nutzen. Ziel muss es sein, alle öffentlichen Gebäude im Land Bremen unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit mit regenerativ erzeugtem Strom zu versorgen. In diesem Zusammenhang sind noch eine Reihe von Problemen zu lösen, die als erster Schritt am Modellbeispiel des Rathauses bearbeitet werden sollten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. Angebote für die Versorgung mit Ökostrom am Modell des Bremer Rathauses einzuholen und zu prüfen.
2. Der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 30. November 2000 Bericht zu erstatten:
 - über die vorliegenden Angebote,
 - über die Einsparungen oder Mehrkosten für den Haushalt,
 - über die Möglichkeiten, eventuelle Mehrkosten durch verbessertes Energiemanagement auszugleichen,
 - darüber, welche Maßnahmen der Energiebewirtschaftung jeweils konkret welche Kostenreduktionen und Umweltentlastungen bewirken,
 - darüber, welche Kommunen in Deutschland mit Ökostrom versorgt werden.
3. Der Bürgerschaft (Landtag) zu diesem Termin Vorschläge vorzulegen, wie die Belieferung des Rathauses mit Ökostrom realisiert werden kann.
4. Für alle Gebäude, die von Behörden und Einrichtungen des Landes Bremen genutzt werden, darzulegen,
 - wie die am Modellbeispiel des Rathauses gewonnenen Prüfergebnisse nutzbar gemacht werden können,
 - welche Einsparungen bei den Bezugskosten erlangt werden können, indem als Großkunde ein günstigerer Ökostrompreis ausgehandelt wird.

Dr. Karin Mathes,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Schuster, Böhrnsen und Fraktion der SPD

Viola Mull, Eckhoff und Fraktion der CDU